

## 250 000 Bürger können sich beraten lassen

**UNTERZEICHNUNG** Neue Verträge mit 19 Freien Trägern sind unbefristet / Hilfe in vielen Lebenslagen

**KREIS GIESSEN** (red). Mit 19 Freien Trägern der Jugend-, Sozial- und Gesundheitspflege unterzeichneten Landkreis und Stadt Gießen jetzt in der Kreisverwaltung die überarbeiteten Verträge zur Finanzierung ihrer Beratungsleistungen. Damit stehen die Anlaufstellen unter anderem von Diakonie, Caritas, Arbeiterwohlfahrt, Lebenshilfe, „Eltern helfen Eltern“ und das Beratungszentrum Laubach-Grünberg den 250 000 Kreisbürgern auch in den kommenden Jahren flächendeckend zur Verfügung, wenn es Probleme im Leben gibt. Das bestehende, vertraute Angebot von Suchtberatung über, Unterstützung in Erziehungsthemen bis hin zu Schwangerenberatung, Frauenhaus oder Tagespflegebüros hatten Stadt und Landkreis in einem aufwändigen, zweijährigen Prozess in allen Details überarbeitet, mit jedem einzelnen Träger verhandelt und auf heutige Bedürfnisse angepasst.

Die Verträge, die am 1. Januar 2015



Volles Haus bei der Vertragsunterzeichnung im Landratsamt.

Foto: Landkreis

starten und ab dann unbefristet laufen, aber jährlich kündbar sind, unterzeichneten die Geschäftsführer oder Vorstände der Freien Träger auf der einen und Landrätin Anita Schneider, Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz, der Jugend- und Sozialdezernent des Landkreises, Dirk Orwald, sowie die Jugenddezernentin der Stadt, Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greulich auf

der anderen Seite. Die Vertreter der Politik machten die Bedeutung dieser Vertragsunterzeichnung deutlich, denn Stadt und Kreis haben mehr als 50 Verträge mit den unterschiedlichsten Partnern, um die öffentlichen Pflichtaufgaben auch künftig von erfahrenen Fachstellen erledigen zu lassen. Betont wurde bei der feierlichen Unterzeichnung auch, dass die öffentliche Seite für die

Zusammenarbeit mit den Freien Trägern im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe sowie Gesundheitspflege neue Schwerpunkte und Standards setzt. So konnten die Ziele präziser formuliert und ein digitales Berichtswesen vereinbart werden, das es Stadt und Landkreis ermöglicht, jährliche fundierte Auswertungen und Bedarfsanalysen vorzulegen.